

# Diskussionspapier

Forschungsgruppen

EU-Integration

Sicherheitspolitik

Globale Fragen

Stiftung Wissenschaft und Politik

Deutsches Institut für Internationale

Politik und Sicherheit

*Oliver Geden / Andreas Goldthau / Timo Noetzel*

## »Energie-NATO« und »Energie-KSZE« – Instrumente der Versorgungssicherheit?

Die Debatte um Energieversorgung und  
kollektive Sicherheitssysteme

Diskussionspapiere sind  
Arbeiten, die nicht als  
SWP-Papiere  
herausgegeben werden.  
Dabei kann es sich um  
Vorstudien zu späteren  
SWP-Arbeiten handeln  
oder um Arbeiten, die  
an anderer Stelle  
veröffentlicht werden.  
Kritische Kommentare  
sind den Autoren in  
jedem Fall willkommen.

Ludwigkirchplatz 3-4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
www.swp-berlin.org  
swp@swp-berlin.org

**Diskussionspapier**  
FG 1, 2007/ Nr. 04  
FG 3, 2007/ Nr. 07  
FG 8, 2007/ Nr. 06  
Mai 2007  
SWP Berlin

# Inhalt

**Einleitung 3**

**Grundelemente von »Energie-NATO« und  
»Energie-KSZE« 4**

**Marktstrukturen und Risikofaktoren 5**

Internationale Öl- und Gasmärkte 5

Risiken für die Energieversorgungssicherheit 6

**Grenzen von »Energie-NATO« und »Energie-KSZE« 8**

**Eine energiepolitische Rolle der NATO? 10**

**Schlussfolgerungen 11**

**Abkürzungen 12**

# Einleitung

Fragen der Energieversorgungssicherheit haben in den vergangenen zwei Jahren für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik an Bedeutung gewonnen und Eingang in sicherheitspolitische Grundlagendokumente der Bundesregierung gefunden. So definiert beispielsweise das im Jahr 2006 publizierte Weißbuch zur Sicherheitspolitik und Zukunft der Bundeswehr die Frage einer sicheren, nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Energieversorgung als eine von »strategischer Bedeutung« für die Zukunft Deutschlands und Europas.<sup>1</sup> Die Wahrnehmung einer sicherheitspolitischen Dimension der Energieversorgung ist eine relativ neue Entwicklung. Hohe Preise, steigender Importbedarf und damit zunehmender Wettbewerb um die fossilen Energieträger Öl und Gas, temporäre Lieferunterbrechungen, Tendenzen zur Verstaatlichung von Rohstoffvorkommen sowie regionale Instabilitäten in Förderregionen haben dazu geführt, dass in Konsumentenländern Fragen der Energieversorgung mittlerweile ein hohes Maß an sicherheitspolitischer Relevanz beigemessen wird.<sup>2</sup> Für diese Nachfragerstaaten definiert sich Versorgungssicherheit als die Verfügbarkeit und Verlässlichkeit der Energiezulieferung zu akzeptablen Preisen.<sup>3</sup> Die Frage der Versorgungssicherheit gewinnt vor dem Hintergrund Brisanz, dass nahezu alle wichtigen Förderländer von Öl und Gas politisch instabil sind. Für deutsche außen- und sicherheitspolitische Akteure stellt sich neben der Frage nach der Identifizierung und Bewertung der zentralen Risiken auch die Frage, mit welchen institutionellen Strukturen und Maßnahmen auf diese Risiken angemessen zu reagieren wäre.

In der gegenwärtigen Debatte wird auf Seiten der Verbraucherländer regelmäßig die Forderung nach der Etablierung eines Systems kollektiver Energiesicherheit erhoben. Die polnische Führung brachte in diesem Zusammenhang

wiederholt die Gründung einer »Energie-NATO« ins Spiel, der deutsche Außenminister Steinmeier prägte hingegen den Begriff »Energie-KSZE«. Die Kritik der Bundesregierung an dem Modell einer »Energie-NATO« basiert auf dem Argument, dass diese im wesentlichen nur westliche Verbraucherländer umfassen würde. Das Modell einer »Energie-KSZE« hingegen erweitert den Kreis der angesprochenen Staaten beträchtlich.<sup>4</sup> Hier wären auch Produzenten- und Transitländer mit eingebunden, nicht zuletzt Russland. Beide Vorschläge basieren gleichermaßen auf der Annahme, potentiellen Bedrohungen der Versorgung der Abnehmerländer von Öl bzw. Gas sowie Kooperationsproblemen zwischen Produzenten und Konsumenten könne mit Systemen kollektiver Verteidigung bzw. Sicherheit wirksam begegnet werden. Sie sind zudem semantisch und hinsichtlich der intendierten Funktionslogiken stark von Grundmustern des Kalten Krieges geprägt. Doch bieten »Energie-NATO« und »Energie-KSZE« tatsächlich auch die geeigneten Instrumentarien für ein höheres Maß an Versorgungssicherheit der europäischen Abnehmerländer? Angesichts der gegenwärtig noch recht unstrukturierten politischen Diskussion scheint es notwendig, die beiden vorgeschlagenen Organisationsformen hinsichtlich ihres Potentials zur Erhöhung der Energieversorgungssicherheit zu untersuchen und zu bewerten.

Unser Diskussionspapier zeichnet zunächst kurz die Grundlinien der Vorschläge zur Schaffung einer »Energie-NATO« bzw. einer »Energie-KSZE« nach. Daran anschließend beleuchten wir die Faktoren, welche die Energieversorgungssicherheit eines Konsumentenlandes bzw. einer Konsumentenregion maßgeblich bestimmen. Im dritten Schritt folgt eine Analyse, mit welchen Instrumentarien und auf welchen Handlungsebenen diesen Herausforderungen am effektivsten begegnet werden kann. Dabei zeigt sich deutlich, dass neu zu schaffende Institutionen kollektiver Sicherheit nur in einem eingeschränkten Maße sinnvolle Ansatzpunkte zur Erreichung von Energieversorgungssicherheit zu

<sup>1</sup> Vgl. Bundesministerium der Verteidigung, *Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr*, Berlin 2006.

<sup>2</sup> Vgl. Joachim Wille, »Terroristen zielen auf Pipelines und Kraftwerke«, in: *Frankfurter Rundschau*, 14.10.2006, S. 7.

<sup>3</sup> Daniel Yergin, *The prize: The epic quest for oil, money, and power*. New York 1991: Simon & Schuster.

<sup>4</sup> Vgl. Rede von Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier anlässlich der 43. Münchener Konferenz für Sicherheitspolitik, <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Infoservice/Presse/Reden/2007/070211-Muenchen-BM.html>

liefern in der Lage wären. Dennoch lassen sich Bereiche identifizieren, in denen die NATO als ein existierendes System kollektiver Verteidigung durchaus einen Mehrwert bieten könnte.

## Grundelemente von »Energie-NATO« und »Energie-KSZE«

Die polnische Idee einer »Energie-NATO« richtet sich auf einen Zusammenschluss der NATO bzw. EU-Verbündeten samt gegenseitigem Beistandspakt zur Sicherung der Energieversorgung.<sup>5</sup> Mitglieder eines kollektiven Verteidigungsbündnisses wie der NATO verpflichten sich individuell und gemeinsam, einem oder mehreren Mitgliedern gegen eine Bedrohung oder einen Angriff von außerhalb des Bündnisses zur Hilfe zu kommen. Grundlage des polnischen Vorschlages ist die Überzeugung, dass die Prinzipien kollektiver Verteidigung in Fragen der Energiesicherheitspolitik angewandt werden sollten. Alle Mitglieder dieses europäischen »Energiesicherheits-Vertrages« sollen sich für den Fall, dass eines der Länder unverschuldet in Versorgungsschwierigkeiten geraten würde, zur Lieferhilfe verpflichten. Sie würden dazu angehalten, die Deckung ihres Energiebedarfs auf eine möglichst große Bandbreite von Quellen und Transportrouten zu stützen. Schlussendlich soll der Aufbau europäischer Versorgungs- und Bevorratungsinfrastrukturen koordiniert werden.<sup>6</sup> Der Bau neuer Pipelines oder die Erweiterung bestehender Stränge soll – anders als etwa bei der umstrittenen Ostsee-Gaspipeline – nicht mehr bilateral beschlossen werden können, sondern nur noch gemeinsam im Bündnis. Der polnische Vorschlag zielt nicht darauf, Fragen der Energiesicherheit lediglich zum integralen Bestandteil der existierenden NATO-Strukturen zu machen. Er sieht vielmehr die Gründung einer neuen Organisation vor. Eine Teilnahme an diesem

<sup>5</sup> Vgl. Interview mit dem polnischen Präsidenten Lech Kaczynski, *Der Spiegel*, 06.03.2006, S. 115.

<sup>6</sup> Vgl. Interview mit dem damaligen polnischen Ministerpräsidenten Kazimierz Marcinkiewicz, *Das Parlament*, 19.06.2006, S. 21A.

Vertragswerk wäre für jene Staaten möglich, die entweder Mitglied der EU oder aber der NATO sind.<sup>7</sup> Russland wäre demnach definitiv ausgeschlossen.<sup>8</sup>

Seitens der Bundesregierung ist in den vergangenen Monaten – auch in Abgrenzung zum polnischen »Energie-NATO«-Konzept – immer wieder der Begriff einer »Energie-KSZE« ins Spiel gebracht worden, womit auf Mechanismen der dialogorientierten Vertrauensbildung während des Ost-West Konfliktes verwiesen wird.<sup>9</sup> In Abgrenzung zum polnischen Vorschlag formulierte die deutsche Seite einen Ansatz, der sich an Prinzipien kollektiver Sicherheit orientiert. In der Konsequenz würde das in der Etablierung einer Energiesicherheitsarchitektur resultieren, in der die beteiligten Staaten in Energiefragen gemeinsam Maßnahmen entwickeln, welche die Sicherheit für alle Seiten verbessern würde, beispielsweise durch Institutionalisierung unparteiisch geführter Streitschlichtungsverfahren. Die dahinter liegende Vorstellung ist, die internationale energiepolitische Zusammenarbeit kooperativ zu organisieren mit dem Ziel, den Interessen einer Vielzahl von Akteursgruppen gerecht werden zu können. Erreicht werden soll dies in einem kontinuierlichen und institutionalisierten Dialog zwischen Förderländern, Großverbrauchern, Transitstaaten und Privatwirtschaft. Implizites Ziel ist es, insbesondere Russland zu integrieren. Darüber hinaus sollten nach deutschen Vorstellungen nicht nur europäische Staaten an einer »Energie-KSZE« beteiligt sein, sondern grundsätzlich alle im globalen Maßstab relevanten Akteure.<sup>10</sup> Diese Vorstellung basiert auf der Überlegung, dass eine gegenseitige Verflechtung der verschiedenen

<sup>7</sup> Dies schließt perspektivisch auch die Ausdehnung des Bündnisses auf Staaten wie Georgien ein, das mittelfristig den Beitritt zur NATO anstrebt. Vgl. Interview mit Premier Nogaidei, *Berliner Zeitung*, 26.08.2006, S. 9.

<sup>8</sup> Vgl. Reinhard Veser, »Energie-Nato«, in: *FAZ*, 25.01.2006, S. 12.

<sup>9</sup> Vgl. Gunter Hofmann, »In der entgrenzten Welt«, in: *Die Zeit*, 2.03.2006, S. 3. Die fortwährende begriffliche Bezugnahme auf die KSZE stellt nicht nur Analogien zur Konstellation im Kalten Krieg her. Sie impliziert auch, dass der Nachfolgeorganisation OSZE im Bereich der Energiesicherheit keine wichtige Rolle zukommen soll, obgleich energiepolitische Fragen inzwischen auch dort erörtert werden. Vgl. Thomas Kreyenbühl, »Politische Dimensionen der Energie-Sicherheit. Neue Agenda für die OSZE-Parlamentarierversammlung«, in: *NZZ*, 26.02.2007, S. 15

<sup>10</sup> Vgl. Interview mit Bundesumweltminister Sigmar Gabriel, *Süddeutsche Zeitung*, 3.03.2006, S. 10.

Akteursgruppen, etwa in der Form langfristiger Lieferverträge im Gassektor, gemeinsamer Infrastrukturinvestitionen oder einer Erweiterung der Beteiligungsmöglichkeiten ausländischer Kapitalgeber in den nationalen Energiemärkten zu einer krisensicheren Energieversorgungssicherheitsarchitektur führen würde. Die Bundesregierung geht davon aus, dass es durch eine institutionalisierte Form des internationalen Dialogs und der in diesem Rahmen beschlossenen Kooperationsprojekte gelingen kann, machtpolitische Reflexe aus dem Energiebereich fern zu halten, Konfliktpotentiale frühzeitig zu entschärfen und somit weltweit einen Zuwachs an Sicherheit zu erreichen.<sup>11</sup> Es ginge also letztlich um Konsultationsmechanismen, die Russland einbeziehen mit dem strategischen Ziel, die Verflechtung so weit voran zu treiben, dass ein Lieferstopp für Russland keine attraktive Option mehr wäre.

Im Einklang mit der Energiestrategie der Europäischen Union streichen Vertreter der Bundesregierung heraus, dass die EU in den Energieaußenbeziehungen mit »einer Stimme sprechen« sollte, da einzelne Länder im globalen Wettlauf um knappes Öl und Gas wenig ausrichten können, sowohl im Hinblick auf zum Teil krisenanfällige oder instabile Herkunftsländer von Öl und Gas, aber auch in der Konkurrenz zu Großverbrauchern wie den USA, China oder Indien.<sup>12</sup> Auch innerhalb einer »Energie-KSZE« solle die EU deshalb als einheitlicher Akteur auftreten. Aus der Perspektive der Bundesrepublik werden zudem die positiven Erfahrungen betont, die man in der Vergangenheit mit Russland als zuverlässigem Energielieferant gemacht habe. Es sei deshalb abzulehnen, Energiefragen innerhalb der NATO zu behandeln und damit zumindest implizit eine Frontstellung gegen Russland aufzubauen. Ein zukünftiges System kollektiver Energiesicherheit müsse vielmehr strikt auf dem Prinzip der Kooperation

<sup>11</sup> Vgl. Frank-Walter Steinmeier, »Verflechtung und Integration. Eine neue Phase der Ostpolitik der EU: Nicht Abgrenzung sondern Vernetzung lautet das Gebot der Globalisierung«, in: *Internationale Politik*, März 2007, S. 6-11.

<sup>12</sup> Vgl. Oliver Geden/Timo Noetzel, *Europas Energiestrategie. Die deutsche Ratspräsidentschaft auf dem Weg zu einer gemeinsamen Energiepolitik?*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Januar 2007 (Aktuell 05/2007).

und der Herstellung gegenseitigen Vertrauens basieren.<sup>13</sup>

## Marktstrukturen und Risikofaktoren

Um bewerten zu können, mit welcher Art von Maßnahmen und institutionellen Strukturen ein höheres Maß an Versorgungssicherheit herbeigeführt werden kann und welche Rolle dabei Systeme kollektiver Sicherheit übernehmen könnten, ist es notwendig zu verstehen, welche Faktoren die Energieversorgungssicherheit eines Konsumentenlandes bzw. einer Konsumentenregion maßgeblich bestimmen. Dabei ist zunächst einmal hervorzuheben, dass die Verfügbarkeit von energetischen Rohstoffen zu akzeptablen Preisen prinzipiell von den jeweiligen Konstellationen auf den Märkten abhängt. Energiemärkte sind dabei, wie andere Märkte auch, keineswegs vollkommen transparent und effizient. Sie können zudem durch einen oder mehrere Akteure dominiert werden, sowohl auf der Anbieter- als auch auf der Nachfragerseite. Maßnahmen zur Erhöhung der Versorgungssicherheit müssen dementsprechend zunächst von der existierenden Struktur der Energiemärkte ausgehen.

### Internationale Öl- und Gasmärkte

Die Energiemärkte sind durch zwei Grundkonstanten gekennzeichnet: zum einen die Logik von Angebot und Nachfrage, zum anderen die ungleiche Verteilung von Marktmacht. Entscheidend ist, dass nur für Öl ein veritabler globaler Markt besteht. Dies liegt an der stofflichen Eigenschaft des Öls, das relativ unaufwendig in Tankern transportiert und damit einem weltweiten Markt zur Verfügung gestellt werden kann. Gas hingegen ist im wesentlichen ein leitungsgebundener Energieträger, der seinen Konsumenten nur per Pipelines zugänglich

<sup>13</sup> Vgl. Frank-Walter Steinmeier, »Energie-Außenpolitik ist Friedenspolitik«, in: *Handelsblatt*, 23. 03. 2006, S. 3.

gemacht werden kann.<sup>14</sup> Der Gasmarkt ist daher durch bilaterale Lieferverträge gekennzeichnet, die zwischen Konsument und Produzent abgeschlossen werden. Diese Lieferverträge sind langfristiger Natur und umfassen üblicherweise einen Zeitraum von etwa 25 Jahren. Daraus erklärt sich auch der stark regionalisierte Charakter der Gasmärkte, und der weltweit äußerst geringe Anteil an frei gehandeltem Gas.<sup>15</sup> Ölpreise werden an der New York Mercantile Exchange (NYMEX) oder der International Petroleum Exchange (IPE) in London als Spiegelbild der gegenwärtigen Versorgungssituation bzw. der Zukunftserwartungen der Marktteilnehmer gebildet. Preissteigerungen auf dem Ölmarkt reflektieren damit entweder eine reale oder künstliche Verknappung der Fördermenge (beispielsweise durch eine Naturkatastrophe wie dem Hurrikan Katrina oder eine Förderdrosselung des Anbieterkartells OPEC), eine gestiegene Nachfrage nach Öl (beispielsweise durch das Aufkommen neuer Konsumenten), eine spekulative Wette auf zukünftige Verknappungen bzw. Nachfragesteigerungen, oder aber Unsicherheiten über die Marktsituation aufgrund von Informationsdefiziten. Demgegenüber vereinbaren beim Energieträger Gas Produzent und Konsument Liefermenge und -preis jeweils individuell. Dabei sind die Gaspreise häufig an die Ölpreisentwicklung gekoppelt und verändern sich damit analog zu den Entwicklungen an den Terminbörsen.

Die zweite Grundkonstante für Energiemärkte liegt in der Tatsache, dass die Marktmacht nicht notwendigerweise gleich verteilt ist. De facto war sie es noch nie, denn historisch wurden die „Spielregeln“ der internationalen Energiemärkte abwechselnd durch die Anbieter- und die Nachfrageseite dominiert. Seit der Zwischenkriegszeit des 20. Jahrhunderts beherrschten die

<sup>14</sup> Das Aufkommen von Liquefied Natural Gas (LNG) kann langfristig die Eigenschaft des Gasmarktes als eines leitungsgebundenen Marktes aufweichen. Mit einem gegenwärtigen Anteil von etwa 7% des weltweit konsumierten Erdgases spielt LNG derzeit jedoch noch eine untergeordnete Rolle. Vgl. IEA, *World Energy Outlook 2006*, Paris 2006.

<sup>15</sup> Zum (europäischen) Erdgasmarkt siehe unter anderem Roland Götz, *Russland und der europäische Erdgasmarkt. Vermeintliche und wirkliche Bedrohungen*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, November 2006 (Aktuell 58/2006) und Enno Harks, »The Conundrum of Energy Security - Gas in Eastern and Western Europe«, in: *The International Spectator*, 3/2006, S. 47-58.

großen westlichen Ölkonzerne, die sog. »Seven Sisters«, die Weltmärkte und setzten die Regeln. Mit den Ölschocks der 70er Jahre schwenkte die Marktmacht zur im OPEC-Kartell zusammengeschlossenen Produzentenseite und wurde erst durch die Erschließung eigener Ressourcen der großen Konsumentenregionen wieder gebrochen.<sup>16</sup> Seit dem Ende der 1990er Jahre hat sich die Marktdominanz wieder eindeutig zur Produzentenseite verlagert, ein Trend, der sich aufgrund der zur Neige gehenden Lagerstätten in Europa sowie den Nicht-OPEC Staaten weiter verstärken wird.

### Risiken für die Energieversorgungssicherheit

Welche potentiellen Gefahren stellen nun die Energieversorgungssicherheit Europas bzw. der westlichen Welt infrage? Im Großen und Ganzen sind dies drei Risikofaktoren:

- a) eine Einschränkung der Verfügbarkeit von bzw. des freien Zugangs zu energetischen Rohstoffen
- b) das enorme Ausmaß der zukünftig erforderlichen Investitionen
- c) geopolitische Krisen

### Verfügbarkeit und Zugang

Die Verfügbarkeit von energetischen Rohstoffen bzw. der freie Zugang zu diesen wird durch mehrere Einflüsse potentiell eingeschränkt. Am kritischsten ist wohl der gegenwärtige Trend zum Ressourcennationalismus in den Produzentenstaaten einzuschätzen. Dafür lässt sich eine Vielzahl von Beispielen finden: in Venezuela und Bolivien etwa die jüngsten Verstaatlichungen im Öl- und Gassektor sowie die Erhöhung der Lizenzgebühren und der Steuern auf Gewinne aus dem Ölgeschäft, oder in Russland die Übernahme von *Yuganskneftegaz* durch die staatliche *Rosneft* bzw. der *Sibneft* durch *Gazprom*.

<sup>16</sup> Für eine zusammenfassende Übersicht siehe Bernard Mommer, *The governance of international oil: the changing rules of the game*, Oxford Institute for Energy Studies. Oxford 2000; siehe auch Kirsten Westphal, »Energy policy between multilateral governance and geopolitics: whither Europe?«, in: *Internationale Politik und Gesellschaft*, 4/2006, S. 44-62.

Dieser Trend ist historisch zwar keineswegs neu und im Grunde schlicht ein Ergebnis der Bestrebungen dieser Staaten, Einkommensgewinne zugunsten des Staatsbudgets umzulenken. Allerdings geht damit ein Verlust von marktgesteuerten Kontrollmechanismen im Bereich von Exploration und Förderung einher. Mit anderen Worten: nichtstaatliche Akteure haben zu Reserven und Entwicklungskonsortien oftmals keinen Zugang mehr.

Ein zweiter Trend besteht in der Konzentration der weltweiten Öl- und Gasreserven in der „strategische Ellipse“, die von Nord-Russland über Zentralasien und den kaspischen Raum bis zum Persischen Golf reicht. Ursache hierfür sind die zur Neige gehenden Ressourcen außerhalb der OPEC. Damit werden sich mittelfristig 71% der weltweiten Ölreserven und 69% der weltweiten Gasreserven in politisch instabilen und meist autoritär regierten befinden – und das bei über 80% Importquote der EU bei Primärenergieträgern im Jahr 2030.<sup>17</sup> Damit einhergehend steigt die Marktmacht der OPEC weiter an. Dieser Trend vollzieht sich vor dem Hintergrund einer Zersplitterung der „Nachfragefront“. Denn die aufstrebenden asiatischen Volkswirtschaften Indiens und Chinas sowie anderer Schwellenländer sind nicht in der Internationalen Energieagentur (IEA) organisiert, dem Club der OECD-Nachfragerstaaten.

Wohl ebenso problematisch wie der oben erwähnte Trend zu Ressourcennationalismus auf der Anbieterseite ist ein dritter Trend: der direkte Einstieg neuer Konsumentenstaaten in Förderregionen durch Nationale Ölfirmen (NOCs). Diese engagieren sich typischerweise mit Kapitalbeteiligungen, Förderlizenzen und langfristigen Lieferverträgen direkt in Explorations- und Förderprojekten ölreicher Staaten und sichern sich dadurch einen exklusiven Zugriff auf Ressourcen. In der Konsequenz wird ein immer größerer Anteil der weltweit geförderten energetischen Rohstoffe dem Marktmechanismus – und damit potentiellen Mengen- und Preisrisiken – entzogen und direkt dem Konsumenten zugeführt. Vorreiter in diesem Trend ist China, das gegenwärtig relativ aggressiv vor allem riskante und marginale Ressourcenvorkommen

adressiert, eine Strategie die von weiteren „Spätstartern“ wie Indien nachgeahmt werden wird. Schätzungen zufolge sind bereits jetzt weniger als 25% der globalen Ölreserven privaten (internationalen) Unternehmen zugänglich, mit sinkender Tendenz.<sup>18</sup>

## Investitionen

Der zweite große Risikofaktor für die weltweite Energieversorgungssicherheit liegt im enormen Ausmaß der künftig benötigten Investitionen. Die IEA schätzt die bis 2030 erforderlichen Investitionen in den Öl- und Gassektor auf 4,3 Billionen US-Dollar für Öl und 3,9 Billionen US-Dollar für Gas, um dem weltweiten Nachfrageanstieg Rechnung tragen zu können. Mehr als die Hälfte dieser Investitionssumme müsste in die Exploration und Erschließung neuer Förderquellen fließen.<sup>19</sup> Jede nicht getätigte oder verzögerte Investition hat direkte Auswirkungen auf die zur Verfügung stehenden Volumina und damit auf den Preis. Es ist jedoch zu bezweifeln, dass die notwendigen Investitionen auch tatsächlich getätigt werden. Zum einen handeln staatliche Öl- und Gas-Unternehmen in Produzentenstaaten nicht notwendigerweise nach marktwirtschaftlichen Kriterien, da sie vor allem zur Gewinnung einer Rente für den (Staats)Eigentümer dienen. Sie können ihre Rente beispielsweise auch dadurch erhöhen, dass sie nicht in neue Explorationen investieren und schlicht den aufgrund der Verknappung tendenziell steigenden Marktpreis als Profit abschöpfen. Zum anderen neigen Staatsunternehmen dazu, neben eher politisch motivierten Unternehmensentscheidungen gelegentlich auch Opfer von konjunkturellen Budgetzwängen zu werden, die Investitionen verhindern oder verzögern können. In Russland ist bereits jetzt eine deutliche Investitionslücke im Gassektor absehbar, in großen Förderstaaten wie Iran ist die Unterinvestition notorisch. Die im Referenzszenario des World Energy Outlook 2006 der IEA bezifferte Investitionssumme wird daher wohl de facto nie erreicht werden, was den Umfang der zukünftig dem Markt zur Verfügung stehenden Ressourcen beschränken wird.

<sup>17</sup> Vgl. IEA, *World Energy Outlook 2006*, Paris 2006.

<sup>18</sup> PFC, *Energy Upstream Competition Service*, Washington 2006.

<sup>19</sup> Vgl. IEA, *World Energy Outlook 2006*, Paris 2006.

## Geopolitische Krisen

Der dritte große Risikofaktor für die weltweite Versorgungssicherheit liegt in drohenden geopolitischen Krisen. Deren Ursachen können so vielfältig sein wie ihre Auswirkungen. So könnten Terroranschläge oder militärische Auseinandersetzungen Fördergebiete lahm legen oder wichtige Versorgungsrouten unterbrechen. Pipelines bilden ein relativ leichtes Ziel für terroristische Angriffe, zugleich führt ein relevanter Teil der Transportrouten von Öltankern durch in sicherheitspolitischer Hinsicht kritische „Nadelöhre“. Etwa 20 Prozent der weltweiten Öllieferungen passieren die Straße von Hormuz am Persischen Golf, 80 Prozent der koreanischen und japanischen sowie die Hälfte der chinesischen Ölimporte werden durch die Straße von Malakka geführt.<sup>20</sup> Die in vielen Förderländern notorischen innenpolitischen Spannungen könnten sich zudem in einer Destabilisierung von Regierungen sowie der staatlichen Öl- und Gaskonzerne äußern. Allein die nicht geregelte Thronfolge im saudischen Königshaus könnte – legt man ein negatives Szenario zugrunde – 13 Prozent der gegenwärtigen Welterdölförderung infrage stellen.<sup>21</sup>

## Grenzen von »Energie-NATO« und »Energie-KSZE«

Die Frage ist nun, auf welchen Ebenen diesen Herausforderungen am effektivsten begegnet werden kann. Wie sich zeigen wird, können Systeme kollektiver Sicherheit dabei nur in eingeschränktem Maße sinnvolle Ansatzpunkte liefern.

Dem Trend zum Ressourcennationalismus wird man auf der Nachfrageseite nur wenig entgegen setzen können. Es ist das legitime Hoheitsrecht eines jeden Staates, darüber zu entscheiden, ob die Ressourcen eines Landes in »Eigenregie« oder durch private ausländische

<sup>20</sup> Vgl. Daniel Yergin, »Die Neue Energie-Unsicherheit«, in: *Süddeutsche Zeitung*, 8.02.2007, S. 16

<sup>21</sup> Vgl. BP, *Statistical Review of World Energy*, London 2006.

Unternehmen erschlossen werden sollen, und welcher Teil davon im letzteren Fall in Form von Steuern oder Lizenzgebühren abgeschöpft wird. Nicht weniger legitim ist es, in dieser Frage Politikwechsel zu vollziehen und eine bereits weitgehend privatisierte Rohstofferschließung wieder in Staatshand zu überführen, insbesondere in Zeiten hoher Öl- und Gaspreise. Ein ähnlicher Befund gilt für die steigende Marktmacht des Anbieterkartells OPEC aufgrund der Konzentration der weltweiten Ölreserven. Einer Kartellisierung kann man auf Nachfragerseite lediglich dadurch begegnen, dass man sich zu Clubs zusammen schließt und versucht, Marktmacht zu bündeln und für den Fall eines Angebotschocks solidarische Bevorratungssysteme zu etablieren. Falls sich der Anbieter auf dem Ölmarkt entscheidet, das Angebot künstlich zu verknappten, dann kann auf Nachfragerseite in einer Kurzfristperspektive nur mit einem Ausweichen auf (eventuell vorhandene) andere Anbieter oder aber mit konsumptionsseitigen Maßnahmen reagiert werden. Man kann den Anbieter jedoch nicht zwingen, sein Produkt zu verkaufen. Es ist sein Recht, sein Öl auf dem Markt anzubieten, oder nur einen Teil davon – oder eben gar nicht. Ähnliches gilt für den Gasmarkt: falls sich ein Anbieter (trotz bereits getätigter Infrastrukturinvestitionen) entscheiden sollte, seinen bilateral geschlossenen Liefervertrag zu kündigen oder Vertragsbestimmungen zu verletzen, dann bleibt dem Nachfrager nicht mehr, als mit den „marktüblichen“ Maßnahmen darauf zu reagieren. Er kann einen neuen Vertrag aushandeln, Vertragsstrafen verlangen und auf die Wirkung von Imageverlusten hoffen.<sup>22</sup>

Was den direkten Einstieg neuer Konsumenstaaten in Ölförderregionen betrifft, so ist auch dies grundsätzlich als eine legitime Vorgehensweise des Nachfragers zu bewerten, um seinen steigenden Bedarf zu decken. Man wird ihn kaum dazu bewegen können, Lieferverträge mit Förderländern bzw. Kapitalbeteiligun-

<sup>22</sup> Zu den Potentialen und der Wirksamkeit einer Kartellisierung des Angebotes siehe auch Andreas Goldthau, *Gasförderer rücken zusammen. Der GECF Gipfel in Katar und die Erfolgs-Aussichten einer „Gas-OPEC“*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, April 2007 (Aktuell 26/2007) und Roland Götz, *Russland und der europäische Erdgasmarkt. Vermeintliche und wirkliche Bedrohungen*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, November 2006 (Aktuell 58/2006).



gen an Förderunternehmen aufzulösen oder einen geplanten Einstieg in Förderprojekte zu unterlassen. Der Abzug von Volumina aus dem Markt durch die NOCs der Nachfrägeländer ist ein Problem, das vermutlich erst im Fall einer Beruhigung der Marktsituation wieder abflauen wird. Also nur dann, wenn es für die Nachfrager möglich wird, Öl günstiger vom Markt zu beziehen als mittels eigener Investitionen in den Förderländern. Hinsichtlich des Ausmaßes neuer Investitionen in den Öl- und Gassektor kann festgestellt werden, dass das Förderland das Investitionsregime selbst festlegen kann und damit bestimmt, wer mit welchen Investitionsvolumina an Exploration und Förderung bislang unerschlossener Vorkommen beteiligt ist. Dazu kann man versuchen, das Förderland in internationale Investitionsregime einzubinden und somit Investitionsversäumnisse zu verhindern oder deren Folgen zumindest zu begrenzen. Möglichkeiten, Förderländer zu Investitionen zu verpflichten, bestehen nicht, genauso wenig wie die Pflicht, sich in multilateral bindende Abkommen zu begeben.

In den hier beschriebenen Problemfeldern bieten sich also kaum Ansatzpunkte, an denen Systeme kollektiver Sicherheit realistischerweise einen Mehrwert liefern könnten. Da die internationalen Energiemärkte wohl auf absehbare Zeit von der Anbieterseite dominiert werden dürften, sind die Spielräume für Kooperationen, bei denen Förder-, Transit- und Konsumentenländer (sowie die jeweils involvierten Energiekonzerne) gleichermaßen profitieren können, wohl nur relativ eingeschränkt vorhanden.

Zur Erhöhung der Energieversorgungssicherheit müssen deshalb primär nachfrageseitige Maßnahmen ergriffen werden. Dazu zählt langfristig etwa die deutliche Erhöhung der Energieeffizienz, die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energieträger oder die Diversifizierung der Bezugsquellen fossiler Ressourcen. Das Risiko kurzfristig auftretender Versorgungssengpässe lässt sich am besten mit solidarisch organisierten Strukturen und Mechanismen abfedern. Im Ölsektor besitzt die IEA mit der Bevorratungspflicht für Mitglieder von jeweils einem Viertel des Jahresbedarfs und den »Emergency Response Mechanisms« bereits

derartige Strukturen. Da einige der mittel- und osteuropäischen EU-Mitglieder, darunter Polen, bislang nicht Mitglied der IEA sind, hat der Rat der Staats- und Regierungschefs bei seinem Frühjahrsgipfel im März 2007 beschlossen, die Schaffung einer die IEA-Mechanismen ergänzenden Öl-Bevorratungsstruktur zu prüfen.<sup>23</sup> Im Bereich Erdgas fehlen den EU-Staaten grenzüberschreitende Krisenreaktionsmechanismen bislang gänzlich, vor allem aufgrund der im Vergleich zum Öl weitaus aufwendigeren Vorratshaltung, die zum Teil an spezifische geologische Voraussetzungen gebunden ist. Diese Tatsache erschwert ein faires *burden sharing* zwischen den Mitgliedstaaten bzw. den bevorratenden Gasversorgern. Zudem sollten die intra-europäischen Pipelinenetze so ausgebaut werden, dass im potentiellen Falle eines vor allem von Polen befürchteten russischen Lieferstopps die Möglichkeit bestünde, per »Stromumkehr« die mittel- und osteuropäischen Länder von Westen her mit Gas zu beliefern.<sup>24</sup> Grundsätzlich könnte also ein nachfrageseitiges Risikomanagement von IEA und EU gewährleistet werden, wobei weder für Öl noch für Gas der Aufbau einer »Energie-NATO« notwendig wäre.<sup>25</sup>

Potentiale für den Ausbau von Kooperationsbeziehungen, wie sie im Zentrum einer »Energie-KSZE« stehen sollen, bestehen bei all diesen Überlegungen durchaus. Definitiv notwendig wäre die Stärkung von Konsultationsmechanismen zwischen Konsumenten, Produzenten und Transit-Staaten. Dabei gälte es, bestehende Informationsdefizite zwischen den beteiligten Akteuren abzubauen und Streitschlichtungsverfahren zu nutzen, um beispielsweise zukünftige »Gas-Dispute« zu vermeiden. Gerade im Falle der Unstimmigkeiten zwischen Russland und der Ukraine oder Weißrussland wäre ein solcher

<sup>23</sup> Vgl. Brussels European Council – Presidency Conclusions, 7224/07, S. 18.

<sup>24</sup> Im Gassektor sind die USA und Kanada aufgrund der großen geographischen Entfernung und des primär leitungsgebundenen Transports keine relevanten Akteure für die europäische Versorgungssicherheit.

<sup>25</sup> Die gegenwärtigen Kapazitäten der EU im Bereich der Energieversorgungssicherheit sollten jedoch nicht überschätzt werden. Gerade in den Energieaußenbeziehungen ist die EU aufgrund ihrer beschränkten institutionellen Kompetenzen derzeit noch weit davon entfernt, schlagkräftig auftreten zu können. Vgl. Oliver Geden/Clémence Marcelis/Andreas Maurer, *Perspectives for the European Union's External Energy Policy: Discourse, Ideas and Interests in Germany, the UK, Poland and France*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Dezember 2006 (Working Paper FG1 2006/17).

Mechanismus von hohem Wert gewesen. Derartige Mechanismen stehen jedoch prinzipiell bereits zur Verfügung. Dies sind zum einen das Internationale Energie Forum (IEF), das im Ölsektor Produzenten- und Konsumentenstaaten an einem Tisch versammelt,<sup>26</sup> zum anderen der Europäische Energiecharta-Vertrag (ECT), der neben den (europäischen) Nachfragern auch den wichtigsten (europäischen) Versorger Russland sowie die dazwischen liegenden Transitstaaten in ein verbindliches Vertragswerk einbindet. Der Energiecharta-Vertrag umfasst Streitschlichtungsverfahren ebenso wie klare Regeln für Transitfragen.<sup>27</sup> In anderen Worten: eine »Energie-KSZE«, die einen institutionalisierten Dialog zwischen Produzenten, Transitstaaten und Endverbrauchern liefern soll, existiert im Grunde genommen schon. Die bestehenden Mechanismen sind funktionsfähig, und Mitglieder, die den ECT noch nicht ratifiziert haben (beispielsweise Russland und Norwegen) müssten in Zukunft für diesen finalen Schritt gewonnen werden. Welchen Mehrwert eine weitere, parallele Struktur bringen könnte ist daher fraglich, zumal die Erfolgsaussichten ihres Wirkens ebenso hoch oder niedrig wären wie beim Energiecharta-Vertrag. Zudem liegt der Idee eines Dialogforums der prinzipielle Gedanke zugrunde, dass eine gegenseitige Abhängigkeit von Konsument und Produzent existiert. Da allerdings bei dem gegenwärtigen angebotsdominierten Markt der Absatz für die Produzentländer gesichert ist, ist diese Beziehung allemal asymmetrischer Natur. Damit greift das von Befürwortern einer »Energie-KSZE« vorgebrachte Argument kaum mehr, Anbieter hätten prinzipiell ein Interesse an verlässlichem Zugang zu Konsumenten und müssten daher an einer grundsätzlichen Verständigung dringend interessiert sein.

Summa summarum bleibt festzuhalten, dass mit dem Aufbau einer eigenständigen Energiesicherheitsorganisation – ganz gleich, ob am Modell einer »Energie-NATO« oder dem einer

<sup>26</sup> Vgl. Enno Harks/Andreas Pointvogl, *Das Internationale Energieforum*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, April 2007 (Diskussionspapier FG8 2007/04).

<sup>27</sup> Siehe, unter anderem, Friedemann Müller, *Energie-Außenpolitik Anforderungen veränderter Weltmarktkonstellationen an die internationale Politik*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, November 2006 (Studie 33/2006).

»Energie-KSZE« orientiert – im besten Falle eine parallele Struktur zu bestehenden Institutionen und Instrumentarien geschaffen würde.

## Eine energiepolitische Rolle der NATO?

Wie gezeigt werden konnte, stellt die Neugründung einer eigenständigen »Energie-NATO« keine zielführende Option zur Erhöhung der Versorgungssicherheit der Konsumentenstaaten dar. Zudem erscheint der Aufbau einer entsprechenden Organisation gegenwärtig schon deshalb unwahrscheinlich, weil Polens Vorschlag lediglich in einigen mittel- und osteuropäischen Staaten auf positiven Widerhall stieß.<sup>28</sup> Nichtsdestotrotz hat in der NATO bereits die Beschäftigung mit der Frage begonnen, welchen Beitrag sie künftig im Bereich Energiesicherheit leisten könnte, sowohl innerhalb der bestehenden als auch im Rahmen möglicherweise reformierter Bündnisstrukturen. Es ist deshalb notwendig, auch mögliche Formen eines Beitrags der NATO zur Erhöhung der Versorgungssicherheit zu beleuchten.

Von Seiten der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik wurde in der Vergangenheit wiederholt ein Bedarf für einen transatlantischen Dialog in Fragen der Energiesicherheit formuliert.<sup>29</sup> Hierfür könnte sich die NATO durchaus als ein Forum anbieten. Sowohl die amtierende Bundeskanzlerin Angela Merkel als auch ihr Vorgänger Gerhard Schröder haben in der Vergangenheit einen stärkeren politischen Dialog im Bündnis gefordert und angeregt, die NATO solle wieder der zentrale Ort des transatlantischen Austausches und der »strategischen Planungen« werden.<sup>30</sup> Auch der Einsatz militäri-

<sup>28</sup> In den USA wurden die polnischen Vorschläge eher zurückhaltend aufgenommen. Hier sprach sich vor allem Richard Lugar, zum damaligen Zeitpunkt Vorsitzender des auswärtigen Ausschusses des US-Senats, für eine stärkere Rolle der NATO im Bereich der Energiesicherheit aus, allerdings innerhalb der existierenden NATO-Strukturen. Vgl. Judy Dempsey, »U.S. senator urges use of NATO defense clause for energy«, *International Herald Tribune*, 28.11.06.

<sup>29</sup> Vgl. Interview mit dem außenpolitischen Sprecher der Fraktion von CDU/CSU im Deutschen Bundestag, Eckart von Klaeden, *Berliner Zeitung*, 5.12.2005, S. 2.

<sup>30</sup> Vgl. Markus Wehner, »Frau Merkel und die NATO«, in: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 5.02.2006, S. 12; siehe

scher Kapazitäten zur Erhöhung der Energieversorgungssicherheit kann als ein mögliches Aufgabenfeld für die NATO gesehen werden. Auf dem NATO-Gipfel in Riga im November 2006 wurden bereits Überlegungen angestellt, militärische NATO-Kapazitäten in designierten Regionen zur Überwachung und zum Schutz der Energieversorgung einzusetzen.<sup>31</sup> So wäre zum Beispiel ein Einsatz von Seestreitkräften zur Sicherung von Transportrouten für Öltanker ebenso denkbar wie eine Rolle beim Schutz wichtiger Versorgungseinrichtungen bzw. Transportinfrastrukturen vor Terroranschlägen.<sup>32</sup> In diesem Zusammenhang wird immer wieder auf die Rolle der NATO bei der Energiesicherung in früheren Krisen verwiesen, zum Beispiel während des Zweiten Golfkriegs.<sup>33</sup>

Letztlich basieren derartige Überlegungen auf der Vorstellung, dass sich die NATO in Richtung eines globalen Sicherheitsbündnisses weiterentwickeln sollte. Die Allianz sollte also ihrer faktisch existenten globalen Rolle in militärisch-operativen Fragen entsprechend institutionelle Strukturen entwickeln und strategische Konzeptionen folgen lassen. Es ginge beispielsweise darum, bereits jetzt mit dem Bündnis zusammenarbeitende Partner wie Australien, Japan und Südkorea auch institutionell mit der Allianz zu verknüpfen.<sup>34</sup> Insbesondere die USA sind die treibende Kraft hinter dieser Option. Für die Bundesregierung ergeben sich hier zwei Ansatzpunkte. Zunächst böte sich die Debatte über die Einrichtung eines politischen Konsultationsforums unterhalb der Ebene des Nordatlantikkrates an. Diese Debatte wird seit einigen Jahren insbesondere von britischer und amerikanischer Seite mit der Zielrichtung geführt, innerhalb der Strukturen der Allianz ein gemeinsames Gremium von NATO-Mitgliedern und mit der Allianz im Rahmen von militäri-

auch Andreas Rinke, »Merkel will politischeren Dialog in der NATO«, in: *Handelsblatt*, 24.11.2005, S. 3 sowie Nikolas Busse, »Nicht so schlimm wie es klingt«, in: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 13.02.2005, S. 2.

<sup>31</sup> Vgl. Eric Bonse, »NATO soll Transportwege sichern«, in: *Handelsblatt*, 15.11.2006, S. 8.

<sup>32</sup> Vgl. Interview mit NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer, *Der Tagesspiegel*, 01.11.2006, S. 5.

<sup>33</sup> Vgl. Paul Gallis, *NATO and Energy Security*, Washington: Congressional Research Service, Report for Congress, 21.03.2006.

<sup>34</sup> Vgl. Ivo Daalder und James Goldgeier, »Global NATO«, in: *Foreign Affairs*, 85 (Fall 2006) 5, S. 105–113.

schen Operationen kooperierenden Nichtmitgliedern, so genannten »globalen Partnern«, zu schaffen. Aufgabe eines solchen Gremiums wäre es, ein Dialogforum für globale Sicherheitsprobleme zu bieten. Dieser Aufgabenbeschreibung entsprechend könnte die Bundesregierung darauf drängen, in diesem Rahmen Fragen der Energiesicherheit zu diskutieren und Kooperationsmechanismen einzurichten. Darüber hinaus steht die NATO vor der Aufgabe, ihre aus dem Jahr 1999 stammenden strategischen Richtlinien bis 2009 zu überarbeiten, ein Prozess, in dem die Rolle des Bündnisses im Bereich Energiesicherheit ohnehin diskutiert werden wird. Wenn die Bundesregierung die Notwendigkeit zur Entwicklung einer nationalen Energiesicherheitsstrategie sowie verbesserter internationaler Koordinationsmechanismen im Energiebereich sieht, dann sollte sie die sich in der NATO bietenden Foren nutzen, um ihre entsprechenden Positionen ins Bündnis einzubringen.

## Schlussfolgerungen

Im Zentrum des vorliegenden Diskussionspapiers steht die Frage, welchen Beitrag Systeme Kollektiver Sicherheit zur Stärkung der europäischen Energieversorgungssicherheit leisten können. Unsere Analyse zeigt, dass die Konzepte einer »Energie-NATO« bzw. einer »Energie-KSZE« keinen wirklichen Mehrwert bieten, zum einen, weil Versorgungssicherheit primär über Märkte hergestellt wird, zum anderen, weil mit der Etablierung neuer Organisationen bestenfalls parallele Strukturen zu bereits bestehenden Institutionen und Vertragswerken geschaffen werden würden.

Für die NATO könnten sich Ansatzpunkte bieten, sofern sie sich in Richtung eines globalen Sicherheitsbündnisses weiterentwickelt. Zum einen könnte das Bündnis als transatlantisches Dialogforum dienen, in dessen Rahmen Fragen der Energiesicherheit diskutiert werden könnten. Zum anderen wäre das NATO-Instrumentarium auch in Fragen der Sicherung von Transportrouten und kritischen »Nadelöhren« potentiell einsetzbar.

Bei der Erhöhung der Versorgungssicherheit Europas werden jedoch nachfrageseitige Mechanismen im Zentrum stehen müssen. Die EU sollte entsprechenden Bestrebungen in den nächsten Jahren vorantreiben bzw. unterstützen. Priorität hat dabei der Aufbau eines schnellen und flexiblen europäischen Krisenmanagements für den Fall eines Versorgungsausfalls beim Erdgas. So gilt es etwa, die IEA-Mechanismen auf den Gassektor zu übertragen sowie die Interkonnetoren zwischen den nationalen Gasnetzen massiv auszubauen. Dass hier durchaus Handlungsbedarf besteht, zeigt beispielsweise Polens Ablehnung deutscher Angebote, eine Stromumkehr der *Jamal*-Pipeline zu ermöglichen und damit Polen im Krisenfall mit Gas beliefern zu können, ebenso die polnische Zurückweisung der Option, von der *Nordstream*-Pipeline eine Abzweigung nach Danzig zu legen.<sup>35</sup>

Im Rahmen ihrer (jedoch nur beschränkten) Möglichkeiten muss die EU auch eine Diversifizierung der Herkunftsländer bzw. Transportrouten von Gaslieferungen unterstützen und anstreben, in den Energieaußenbeziehungen tatsächlich »mit einer Stimme zu sprechen«. Letzteres erweist sich bislang insbesondere gegenüber Russland als äußerst schwierig, nicht nur hinsichtlich der durch Polens Veto aufgeschobenen Neuverhandlung des »Partnerschafts- und Kooperationsabkommens«, in deren Rahmen die EU anstrebt, die Energiebeziehungen zu Russland auf Basis des Energiecharta-Vertrags neu zu regeln. Vor allem die bilateralen ungarisch-russischen Verhandlungen über die Verlängerung der *Bluestream*-Pipeline nach Ungarn zeigen, dass die EU bislang nicht in der Lage ist, die von ihr gesetzten Prioritäten – in diesem Fall den Bau der *Nabucco*-Pipeline, die Gas vom kaspischen Meer über Ungarn nach Westeuropa bringen soll – gegenüber einzelnen Mitgliedstaaten auch tatsächlich durchzusetzen. Die bei der Diversifizierung der Gasversorgung nur sehr beschränkten Möglichkeiten der EU sind jedoch nicht nur auf den fehlenden politischen Willen einzelner Mitgliedsstaaten zurückzuführen, sondern auch darauf, dass es letztlich Konsortien von Energieversorgungsun-

ternehmen sind, die die entsprechenden Investitionsentscheidungen treffen müssen.<sup>36</sup>

Bei der Herstellung von Energieversorgungssicherheit kommt politischen Akteuren auf europäischer Seite nur ein eingeschränkter Stellenwert zu. Allerdings scheint die zentrale Stellung, welche der Begriff der »Sicherheit« (bzw. »security«) im öffentlichen Diskurs über existierende wie zukünftige Versorgungsrisiken einnimmt, offenkundig in einem von sicherheitspolitischen Überlegungen geprägten Diskurs zu resultieren. Würde die entsprechende Zielvorstellung nicht als »Sicherung«, sondern etwa als »Gewährleistung einer ausreichenden Energieversorgung« bezeichnet, so wäre zu erwarten, dass die Debatten um geeignete Maßnahmen die Struktur der Energiemarktbeziehungen sehr viel stärker ins Blickfeld rücken würde.

## Abkürzungen

ECT	Energy Charter Treaty
EU	Europäische Union
IEA	Internationale Energie Agentur
IEF	Internationales Energieforum
IPE	International Petroleum Exchange
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
LNG	Liquefied Natural Gas
NATO	North Atlantic Treaty Organisation
NOC	National Oil Company
NYMEX	New York Mercantile Exchange
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development
OPEC	Organization of the Petroleum Exporting Countries
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

<sup>35</sup> Vgl. Andreas Rinke, »Polen schlägt Angebote für sichere Gasversorgung aus«, in: *Handelsblatt*, 15.02.2007, S. 6.

<sup>36</sup> Vgl. Reinhold Vetter, »Ungarn schlägt sich auf Russlands Seite«, in: *Handelsblatt*, 14.03.2007, S. 7.